

2293/J XXI.GP

Eingelangt am: 04-04-2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen

betreffend Verurteilung (§178 StGB) trotz Befolgung der Safer - Sex - Regeln im Zusammenhang mit Hiv und Aids

Den unterzeichneten Abgeordneten wurde bekannt, dass ein Hiv - positiver Mann derzeit eine dreimonatige Haftstrafe unter anderem deshalb verbüßen muß, weil er die Verhaltensmaßregeln Ihres Ressorts und der von Ihnen finanzierten Aids - Hilfen befolgte.

Der heute 34jährige Mann wurde im Juli 1999 durch das Landesgericht Klagenfurt zu einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt, weil er als Hiv - positiver Mann mit anderen Männern sexuelle Kontakte (Oral - und Analverkehr) hatte (LG Klagenfurt 19.07.1999, 13 Evt 70/99). Die Verurteilung beruht ausschließlich auf der Aussage des Verurteilten, in der dieser angegeben hatte, dass er mit seinen Partnern stets Analverkehr mit und Oralverkehr ohne Kondom hatte. Diese Aussage wurde von einem seiner Partner bestätigt. Andere Beweisergebnisse gab es nicht. Dennoch verurteilte das Gericht den Mann - aktenwidrig - nicht nur wegen Analverkehrs ohne Kondom sondern auch wegen Oralverkehrs ohne Kondom.

Das Gericht qualifizierte nicht nur Analverkehr ohne Kondom (dies zwar rechtsrichtig jedoch eben auf Grund aktenwidriger Feststellung) sondern auch Oralverkehr ohne Kondom generell (für einen Samenerguß in den Mund gab es keinerlei Anhaltspunkte) als „Handlungen, die geeignet sind, die Gefahr der Verbreitung von übertragbaren Krankheiten herbeizuführen“ und verurteilte den Mann demgemäß auf Grund des § 178 des Strafgesetzbuches („Vorsätzliche Gefährdung von Menschen durch übertragbare Krankheiten“). Dies obwohl Oralverkehr ohne Kondom (und bei Durchführung des Oralverkehrs an dem Hiv - Positiven: ohne Samenerguß in den Mund) den von den österreichischen Gesundheitsbehörden und Aids - Hilfen propagierten Verhaltensregeln („Safer Sex“) entsprechen.

Weil er mit einem dieser Männer im Sommer 1997 ein Monat vor dessen 18. Geburtstag sexuellen Kontakt hatte, verurteilte ihn das Klagenfurter Landesgericht auch auf Grund des antihomosexuellen Sonderstrafgesetzes § 209 StGB. Obwohl der damals 30jährige Mann den 17 Jahre und 11 Monate alten jungen Mann lediglich oral befriedigte sah der Richter auch in diesem Fall die Gefahr der Übertragung des Hi - Virus (!) und damit den § 178 StGB als erfüllt an. Die Strafe: 1 Jahr Freiheitsstrafe, davon drei Monate unbedingt.

Der Verurteilte verzichtete auf Anraten seines Verteidigers, der ein Rechtsmittel für aussichtslos hielt, auf Rechtsmittel. Der Bundesminister für Justiz lehnte Ende Februar 2001 das Gnadengesuch „im Hinblick auf die Schwere der der gegenständlichen Verurteilung zu Grunde liegenden Straftat“ (!) ab, weshalb der Mann die Freiheitsstrafe nun zwei Tage vor seinem 34. Geburtstag anzutreten hatte.

Aus einem unbedingten Teil einer teilbedingten Freiheitsstrafe gibt es auch keine vorzeitige Entlassung.

Seit Jahren propagieren sowohl Ihr Ressort, sehr geehrter Herr Bundesminister, als auch die von Ihnen finanzierten Aids-Hilfen als wirksame Prävention gegen eine Ansteckung mit Hiv „Safer Sex“ - Regeln für homo - und bisexuelle Männer, die neben der Verwendung von Kondomen beim Analverkehr (Die Aids - Hilfen Österreichs: Sicherer Sex für schwule Männer, 1994, S. 3ff; Die Aids - Hilfen Österreichs: Sex unter schwulen Sternen, 2000, S. 3; BM für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Gib Aids keine Chance, 1999, S. 11f) auch die Hintanhaltung eines Samenergusses in den Mund des Hiv - negativen Partners beinhalten (Die Aids - Hilfen Österreichs: Sicherer Sex für schwule Männer, 1994, S. 3ff; Die Aids - Hilfen Österreichs: Sex unter schwulen Sternen, 2000, S.3; BM für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Gib Aids keine Chance, 1999, S. 11f). Die orale Befriedigung des Hiv - negativen Partners durch den Hiv - positiven wird stets als generell völlig risikolos präsentiert (BM für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Gib Aids keine Chance, 1999, S. 11); die orale Befriedigung des Hiv - positiven Partners durch den Hiv - negativen, zumindest dann, wenn kein Samenerguß in den Mund erfolgt, als bloß theoretisches, entfernt denkbare, nicht jedoch praktisches (Rest)Risiko, sowie dies etwa auch bei Analverkehr unter Verwendung von Kondomen besteht, weshalb lediglich empfohlen wird, nicht in den Mund zu ejakulieren (Die Aids - Hilfen Österreichs: Sicherer Sex für schwule Männer, 1994, S. 3ff; Die Aids - Hilfen Österreichs: Sex unter schwulen Sternen, 2000, S. 3; BM für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Gib Aids keine Chance, 1999, S.11).

Diese Verhaltensempfehlungen entsprechen jenen in der Bundesrepublik Deutschland (Deutsche Aids - Hilfen: von Mann zu Mann, 1997, S. 5; Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung: Safer Sex ... sicher, 1996, S. 15, 19), in den USA (U.S. Department of Health and Human Services, National Institutes of Health: Safer Sex Knowledge Base, NIH Information BBS, Washington D.C. 1993,) und auf internationaler Ebene (UNAIDS, AIDS and men who have sex with men, Technical Update, May 2000, p. 4, 6), wobei UNAIDS zur Hiv - Prävention die Propagierung von Oralverkehr anstatt Analverkehr (auch mit Kondom) sogar generell, ohne Unterscheidung nach einem etwaigen Samenerguß in den Mund, empfiehlt (UNAIDS, AIDS and men who have sex with men, Technical Update, May 2000, p. 6).

UNAIDS lehnt Tatbestände wie jene der §§ 178,179 StGB ab, die über die Körperverletzungstatbestände hinaus die Übertragung bzw. die Gefährdung durch eine potentielle Übertragung des Hi - Virus kriminalisieren, weil sie einer effektiven Aids - Prävention zuwiderlaufen (UNAIDS, Handbook for Legislators on HIV/AIDS, Law and Human Rights, 1999, p. 11, 50ff; UNAIDS, AIDS and men who have sex with men, Technical Update, May 2000, p. 6). Für den Fall, dass sich Staaten dennoch zu solchen Tatbeständen entschließen, sollten solche Tatbestände laut UNAIDS restriktiv als ultima ratio Anwendung finden und die Befolgung der Safer Sex Regeln jedenfalls eine Strafe ausschließen (UNAIDS, Handbook for Legislators on HIV/AIDS, Law and Human Rights, 1999, p. 11, 53).

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Teilen Sie die Ansicht der unterzeichneten Abgeordneten im Einklag mit UNAIDS, dass die strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung Hiv - positiver Menschen für sexuelle Kontakte mit Hiv - negativen Menschen trotz Befolgung der Verhaltensempfehlungen der Gesundheitsbehörden und der Aidshilfen dem Anliegen einer effektiven Hiv - und Aids - Prävention zuwiderlaufen und daher eine Gefahr für die Volksgesundheit darstellen?
Wenn ja: welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?
Wenn nein: warum nicht?
2. Werden Sie sich mit dem Herrn Bundesminister für Justiz mit dem Ziel ins Einvernehmen setzen, dass Maßnahmen (etwa im Erlasswege) ergriffen werden, um künftig die strafrechtliche Verfolgung für Safer - Sex - Kontakte hintanzuhalten?
Wenn ja: wann?
Wenn nein: warum nicht?
3. Werden Sie auf eine Gesetzesänderung hinwirken, durch die sichergestellt wird, dass die Tatbestände der §§ 178,179 StGB nicht erfüllt sind, wenn gesundheitsbehördliche Verhaltensempfehlungen eingehalten werden?
Wenn ja: welche konkreten Schritte werden Sie wann setzen?
Wenn nein: warum nicht?
4. Für den Fall, dass Sie die Frage 1 bejahen und die Fragen 2 und 3 verneinen: wie können Sie dies mit der verfassungsrechtlichen Anforderung der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der gesamten staatlichen Verwaltung (Art. 126b Abs. 5 B - VG) vereinbaren?